

II-1165 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 632 /J

1984 -03- 2 8

A N F R A G E

der Abgeordneten MAG.KABAS, DR. GUGERBAUER
an den Herrn Bundesminister für Justiz
betreffend flankierende Maßnahmen zum Arbeits- und Sozial-
gerichtsgesetz

Ein Hauptpunkt der Kritik am bisherigen Leistungsstreitver-
fahren der Sozialversicherung ist die verhältnismäßig lange
Verfahrensdauer. Als eine der Ursachen dafür wird die Erstellung
der Sachverständigengutachten angesehen. In diesem Zusammenhang
wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Zahl der
ärztlichen Sachverständigen zu gering ist. Würde es gelingen,
mehr ärztliche Sachverständige für die Begutachtung zu gewinnen,
dann könnte sicherlich eine Beschleunigung des Verfahrens
erreicht werden. Auch die Qualität der Gutachten würde zunehmen
und eine ausreichende Beurteilung sicherstellen.

Weiters wird Kritik auch daran geübt, daß manche Gutachter
sowohl als Gerichtssachverständige als auch als begutachtende
Ärzte bei den Sozialversicherungsträgern tätig sind. Diese
Doppelfunktion erscheint geeignet, die Objektivität der Gutachten
bzw. die Unabhängigkeit des Gutachters gegenüber dem Kläger
in Frage zu stellen. Da in der Vergangenheit bei über 80% der
durchgeführten Verfahren vor den Schiedsgerichten der Sozial-
versicherung ärztliche Sachverständige benötigt wurden, wird
sich die künftige Praxis in erster Linie dieses Problems
annehmen müssen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn
Bundesminister für Justiz die

- 2 -

A n f r a g e :

Welche flankierenden Maßnahmen werden Sie zur Regierungsvorlage des Arbeits- und Sozialgerichtsgesetzes treffen, um das im Bereich des heutigen Leistungsstreitverfahrens der Sozialversicherung bestehende Sachverständigenproblem zu lösen?

Wien, 1984-03-28